

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

224 (17.5.1921) Abendausgabe

Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat.

Verlag von Ferd. Schönerer
Hauptredaktion:
Gaus, Balther, Schönerer.
Verantwortlich: Balther und Schönerer.
Redaktion: Gaus, Balther, Schönerer.
Verleger: Gaus, Balther, Schönerer.
Druck: Gaus, Balther, Schönerer.

Verlagspreis:
Gesamtpreis: Nr. 86.
Einzelpreis: Nr. 309 und 319.
Gesamtpreis:
Stück- und Sammlerpreis: nach
Katalog und Marktpreis.
Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8359

Die Zahlung der ersten Goldmilliarde.

Deutschland löst sein Wort ein.

11 Berlin, 17. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Vom Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt: Im Ab-
schluß des Ultimatums hat sich die deutsche Regierung verpflichtet,
innerhalb 25 Tagen eine Milliarde in Gold oder anerkannte Devisen
oder deutsche Reichsschatzanweisungen mit 3 monatlicher Laufzeit
zu zahlen. In Ausführung dessen hat die deutsche Regierung der
Reparationskommission die sofortige Zahlung von Mark 150 Mill.
in Gold und ausländischen Devisen angeboten. Sobald die Reparations-
kommission die Empfangsstelle genannt hat, werden die 150
Millionen Goldmark überwiesen werden. Vor Ablauf der 25 Tage
(Ende Mai) wird die Reparationskommission eine weitere Zahlung
erhalten. Der Rest soll in deutschen Schatzanweisungen beglichen
werden. Wie wir hören, sind Dispositionen getroffen worden, daß
die Einlösung der Schatzanweisungen innerhalb der gegebenen Frist
erfolgen kann.

Die unbefestigten Ministerien.

11 Berlin, 17. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
leitung.) 100 Mitglieder des Generaldirektors Cuno von der
Bundrat wurde mit leitenden Direktoren der Kruppwerke, Geh.
Dr. Wiedfeldt Unterhandlungen eingeleitet, über deren
Verlauf noch nichts Näheres bekannt ist. Es scheint, daß man ihm

Taten, keine Versprechungen.

11 Berlin, 17. Mai. Die deutschen Parteien und Ge-
werkschaften Obereschlesiens haben heute folgendes Telegramm an die
interalliierte Kommission in Opatowitz geschickt: Die Aufforderungen
unterhalten in Rodzin Bagno (Kreis Rattowitz) ein Internierungs-
lager, in dem mehrere Hundert aus dem Aufstandsbereich verschleppte
deutsche Männer, Frauen und Kinder unter schwerstem Druck ge-
halten werden. Die polnischen Injuranten holen aus den
Geiseln und Straßendörfern an der Hand von Namenslisten
Personen heraus und verschleppen sie. Der von den Rebellen ein-
geführte Passagier erhält hierdurch einen ganz neuen Hintergrund.
In Josefow (Kreis Rattowitz) sind am 14. Mai arbeitswillige
Deutsche von den Aufständischen festgenommen worden und auf Be-
ehl des Kommandanten Karl Roselt mit Peitschenhieben auf den
nackten Körper mißhandelt worden. Die größten Schändlichkeiten
werden aus Friedrichshütte und Lepine (Kreis Rattowitz) berichtet.
Die arbeitswilligen Deutschen wurden vielfach von den Injuranten
unter Mißhandlungen und Bedrohungen von der Arbeitsstelle ver-
trieben. Sie haben noch nicht die schwächsten Anzeichen dafür, daß
die interalliierte Kommission irgendwie gegen die fürchterlichen Zu-
stände einschreiten will. Wir stellen nur fest, daß die deutsche Presse
an der wahrheitsgetreuen Berichterstattung behindert wird, damit
die Welt eine Darstellung der wirklichen Lage in Oberschlesien nicht
erhält. Am 14. Tage des Aufstandes fragen wir die interalliierte
Kommission erneut, was sie zum Schutze der friedlichen Bevölkerung
zu tun gedenkt. Wir legen aber nicht den geringsten Wert auf leere
Versprechungen, sondern wir fordern Taten! Deutsche Parteien und
Gewerkschaften in Oberschlesien.

Vom englisch-französischen Notenwechsel.

11 Paris, 17. Mai. Die Petit Parisien berichtet, wird in
der Antwort der französischen Regierung auf die an sie gerichtete
englische Note über Oberschlesien u. a. noch gesagt: wenn auch in ge-
wissem Maße den Polen die Verantwortung für die Ereignisse in
Oberschlesien zufällt, so habe die polnische Regierung doch eine korre-
kte Haltung beobachtet und die Grenze gesperrt. Die Note erinnert
auch an die Verantwortlichkeit Deutschlands und drückt Bewunderung
aus, daß die englische Regierung noch nicht die von der Boten-
konferenz beschlossene Demarche in Berlin ausgeführt habe.
Die französische Regierung befähigt formell, daß der Vertreter Frank-
reichs in Oberschlesien niemals eine Politik der vollständigen Tatsache
vermeidet, auch keine Waffenstillstände mit den Aufständigen unter Fest-
haltung einer Demarkationslinie abgeschlossen habe. Endlich leugnet
man französischerseits, jemals die Absicht gehabt zu haben, das ge-
schlossene obereschlesische Becken, nötigenfalls mit Gewalt, Polen zuzu-
schicken. Die französische Regierung erklärt schließlich, daß, wenn
Deutschland in Oberschlesien mit Waffengewalt eingreife, Frankreich
auf keinen Fall dem zusehen könne. Petit Parisien fügt hinzu, ein
widerwärtiges Eingreifen Deutschlands in Oberschlesien werde not-
wendigerweise als Verletzung des Friedensvertrages von Versailles,
als casus belli angesehen werden.

Die Verhandlungen mit Korfanty.

11 Berlin, 17. Mai. (Drahtbericht.) Die „N. B. Z.“ meldet
aus Paris: Dem „Petit Parisien“ wird aus London über die Nach-
richten des Absehens eines Waffenstillstandes zwischen Korfanty
und Debrandes folgendes mitgeteilt: Am 6. Mai wurde Debrandes
auf Einseitigkeit mitgeteilt, daß er den aufständigen Truppen
Korfanter Gebieten möge. Korfanty erklärte sich bereit, seinen
Korfanter Gebieten den Vormarsch zu unterlassen und aufzutragen,
daß die Arbeit wieder sofort aufnehmen wäre. Doch forderte er
die unter seinen Truppen herrsche, zu beruhigen. Am 8. Mai erhielt
Debrandes von Korfanty eine Note, in der er Hilfe verlangte und
wird von Debrandes dem Präsidenten der interalliierten Kom-
mission übermitteln, der man jedoch nicht stattgegeben hat. Die Kom-
mission habe weder einen Waffenstillstand besprochen, noch viel
weniger einen beschließen.

Ungünstiges Echo in Belgien.

11 Brüssel, 16. Mai. Die belgische nationalistische Presse re-
agiert in unbestimmter Weise auf die Rede Lloyd Georges und
englischer Premier, wobei sie auf Irland hinweist und fragt: Wenn
Lloyd Georges behauptet die Polen in Oberschlesien einge-
griffen sind, was denn dann die Engländer in Irland getan hätten?
Ireland werde sich freuen, feststellen zu können, daß die Uneinigkeit
unter den Alliierten immer weitere Fortschritte mache. Die fran-
zösischen „National Belge“ steht in Lloyd Georges Haltung
den Versuch, ein Ueberwiew Frankreichs in Europa zu ver-
hindern.

auch das Wiederaufbauministerium anfragen will. In seiner Bereit-
willigkeit wird sehr gezwweifelt. Man hofft immer noch, daß die
Deutsche Volkspartei in irgend einer Form in das Kabinett, in dem
noch drei Stellen zu besetzen sind, eintreten wird. Auch darüber ist
aber nicht positives bekannt. Die Schwierigkeiten liegen auf steuer-
lichem Gebiet und werden durch Äußerungen einiger Mitglieder
der Volkspartei, die gerade jetzt für den Steuerabbau eintreten,
vermehrt. Auch bayerische Politiker sollen zur Komplementierung des
Kabinetts herangezogen werden, da Bayerns tatkräftigste Hilfe be-
sonders in der Entlastungsfrage notwendig erscheint. Vorläufig
soll das Kabinett in seiner bisherigen Gestaltung belassen werden
und dem Reichszentralamt ein Berufsdiplom als Staatssekretär für
das Auswärtige Amt zur Seite gestellt werden. Man nennt für
diesen Posten die deutschen Gesandten von Haag, Wien und dem
Sankt Petersburg.

Die Wiederaufbaufrage.

11 Paris, 17. Mai. In der Konferenz der Liga für Men-
schenrechte wurde gestern eine Tagesordnung angenommen, die sich
dem Standpunkt der C. G. L. in der Wiederaufbaufrage anschließt.
In der Tagesordnung wird erklärt, daß selbst unter genauer Be-
achtung aller Verpflichtungen, die Deutschland zur Last liegen, es
kaum möglich sein wird, die finanziellen Verpflichtungen, die das
Wiederaufbauproblem mit sich bringe, zu leisten. Die Beschäftigung
deutscher Arbeiter und die Lieferung deutschen Materials wird da-
her als die beste Lösung des Wiederaufbauproblems angesehen,
vorausgesetzt, daß die Beschäftigung unter französischer Kontrolle und
französischer Anleitung erfolgt.

Eine unabhängige französische Politik.

11 Basel, 17. Mai. Die „Action Française“ berichtet, in fran-
zösischen nationalistischen Kreisen könne keinerlei Zweifel mehr da-
über bestehen, daß Frankreich, gestützt auf seine Wehrmacht, sowohl
als auch auf die Oberbefehlshaber eine von England unabhängige,
rein französische Politik treiben müsse. Die deutsche Gefahr wachse
täglich an und offenbar könne man sie in England nicht beurteilen.

11 Zürich, 17. Mai. „Sigaro“ und „Tamps“ schreiben, Briand
werde zweifellos in der Sitzung der Kammer am 19. Mai ein Miß-
trauensvotum erhalten, Frankreich benötige heute mehr denn je den
Mann der Energie und Tat, Wahrscheinlich werde Poincare der
Nachfolger Briands. In nationalistischen Kreisen hat auch
eine Fehde gegen den Präsidenten Millerand eingeleitet, den man
nicht radikal genug hält, um die französische Eigenpolitik durch-
zusetzen.

Italien und deutsche Reichswehr.

11 Basel, 17. Mai. Der „Secolo“ meldet: Die italienische Re-
gierung hat grundsätzlich keine Einwendungen gegen das Einsehen
deutscher Reichswehr zur Säuberung der von den polnischen Injur-
anten widerrechtlich besetzten obereschlesischen Bezirke. Giolitti
erklärt, daß er sich mit dem Gedanken der Rede Lloyd Georges
gegenüber Polen solidarisch erklären könne.

11 London, 17. Mai. „Daily Telegraph“ schreibt, es werde
in Deutschland kaum noch die Forderung nach einer deutschen Inter-
vention in irgend einer Form erwohnen. Es sei die Meinung vor-
handen, darauf zu bestehen, daß die Alliierten ihre Versprechen, Ober-
schlesien zu schützen, halten müssen.

Die Kammerwahlen in Italien.

11 Lugano, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer-
wahlen in Italien sind ohne größere Zwischenfälle verlaufen. Nur
an verschiedenen Orten kam es zu Zusammenstößen, bei denen einzelne
Personen getötet und verwundet wurden. Die Wahlbeteiligung
hat im Durchschnitt 50-55 Proz. betragen. In Turin, Venedig,
Rom, Genua, Pisa, Litta ist der Sieg des nationalen Blods sicher.
In der Provinz Ferrara, wo bei den letzten Wahlen die Sozialisten
die Hälfte aller Sitze erringen konnten, erhielt der bürgerliche Bloß
56 Stimmen gegen 14 der Sozialisten und Kommunisten zusammen.
Der Chefredakteur des „Popolo d'Italia“ ist in 2 Wahlkreisen mit-
erklärend an der Spitze der Parteien. Aus Turin wird folgendes
Wahlergebnis gemeldet: Nationaler Bloß 30 000, Sozialisten 22 000
Kommunisten 12 000. In Venedig wurden gewählt: Nationalisten
12 000, Sozialisten 7 000, Volkspartei 3 000, Kommunisten 1 000.
In Rom: Nationalisten 27 000, Sozialisten 15 000, Volkspartei 9 000,
Republikaner 6 000, Kommunisten 3 600. Genua: Nationalisten 16 000,
Unabhängige Sozialisten 9 000, Volkspartei 7 000, Kommunisten 6 000,
Mehrfachsozialisten 4 000, Kriegsteilnehmer 2 500. In 238 Wahl-
lokale der Stadt Mailand wurden folgende Zahlen festgestellt:
Sozialisten 67 000, Nationalisten 50 000, Kommunisten 4 000.
Die neue Kammer dürfte auf Grund der ersten Wahlergebnisse folgende
Zusammensetzung haben: Volkspartei von 100 Sitzen auf 90 zurückge-
gangen; Kommunisten geteilt von 10 auf 15, Nationalisten geteilt
von 20 auf 25, Kriegsteilnehmer von 10 auf 30, Republikaner
von 6 auf 10 gestiegen. Die übrigen Sitze verteilen sich auf Liberale,
Demokraten, Sozialisten und Mittelpartei.

11 Rom, 17. Mai. Nach den Wählern lassen die ersten Wahl-
ergebnisse voraussehen, daß in Rom 7 Konstitutionelle, 3 Popolari,
3 Sozialisten und 2 Republikaner gewählt sein dürften. In Rom
haben von 158 291 eingeschriebenen Wählern 67 245 abgestimmt.

11 Rom, 17. Mai. Das Tribunal sieht folgendes wahrschein-
liches Wahlergebnis vor: Liberale, Demokraten, Radikale und Re-
formisten 240-285 Sitze, Sozialisten 90-110, Popolari 90-107, Kom-
munisten 10-15, Republikaner 10-15, Faschisten, Nationale und
Kombattanten 20-35 und unabhängige Kombattanten 10-13,
Slawen und Deutsche 10-11 Sitze.

Die Unruhen in Irland.

11 London, 17. Mai. Gestern Abend haben Sinnfeiner bei
Ballinacorney (Irland) ein Automobil angehalten, in dem sich ein
Polizeikommissar, seine Frau und zwei Offiziere befanden. Alle vier
Insassen wurden getötet.

11 London, 17. Mai. Wie die Blätter melden, wurden an
den beiden Pfingstfeiertagen in Irland 33 Personen getötet. Das
bedeutet eine Höchstzahl in einem so kurzen Zeitraum.

11 London, 17. Mai. Der Sekretär de Valera erklärte, daß
de Valera bereit sei, mit Lloyd George über die Vorbedingungen
für den Frieden zu sprechen, falls es sich bewahrheiten sollte, daß
Lloyd George geneigt sei, sich ohne Vorbehalte mit de Valera zu
treffen.

Der englische Kohlenstreik.

11 Basel, 17. Mai. „Savas“ meldet: Der gesamte Kohlen-
Schiffsverkehr zwischen England und den europäischen und ameri-
kanischen Häfen stockt vollständig.

Umschau.

17. Mai 1921.

Die Minderheitsgruppe im Reichstag, die das Ultimatum der
Entente abgelehnt hat, hatte als ein Hauptargument die Hoffnung,
daß durch ein deutsches „Nein“ gewaltam und beschleunigt die Auf-
röhlung eines englisch-französischen Konflikts herbeigeführt werden würde.
Es scheint heute, als ob auf dem Wege,
den die Mehrheit eingeschlagen hat, diese Hoffnung schneller ver-
wirklicht werden kann oder schon verwirklicht worden ist. Ist doch in
einer englischen Zeitung, die nicht etwa links von Lloyd George steht,
sondern ein führendes konservatives Organ darstellt, das Wort
„Faschoda“ genannt worden. Die Gegenüber, die sich in der Rede
Lloyd Georges und der Antwort Briands, noch deutlicher aber in
dem Presseecho diesseits und jenseits des Kanals offenbaren, sind so
tiefschneidend, die Tonart, mit der die Pariser Zeitungen den englischen
Staatsmann angreifen, so leidenschaftlich und zum Teil so formlos,
daß ein nicht unterrichteter Beobachter tatsächlich alles andere
glauben könnte, nur nicht, daß es „alliierte Mächte“ sind, die sich
gegenseitig so liebenswürdig behandeln. Die Möglichkeit eines eng-
lich-französischen Bruchs wird in den Londoner und Pariser Blättern
ganz ernsthaft in Erwägung gestellt. Wie ist das so schnell gekom-
men? Der Ausgangspunkt des jetzigen Konflikts liegt vor der An-
nahme des Ultimatums in einer großen politischen Rede Lloyd
Georges in Maidstone. Dort hatte der englische Premier Deutschland
zugesagt, im eigenen wie im europäischen Interesse die Unter-
schrift unter die Londoner Forderungen zu geben und er hatte hinzugefügt,
daß Großbritannien Deutschland als den Unterlegenen mit „fair
play“ behandeln wolle. Diese Worte hat dann Bircht aufgegriffen,
indem er nach der Annahme des Ultimatums nach London zurück-
fragte, wie es denn nun — vor allem hinsichtlich Oberschlesien —
mit dem Versprechen des „fair play“ stehe. Als Antwort kam die
aufsehenerregende Rede Lloyd Georges gegen Polen. Nach allem,
was man von Lloyd Georges Wandelbarkeit erfahren hat, war es
verständlich, daß dem ersten Eindruck in Deutschland ein starkes Maß
von Skepsis und Mißtrauen beigegeben war. Immerhin wird man
bei genauer Prüfung der durch Lloyd Georges Rede geschaffenen Lage
zugeben müssen, daß die Situation etwas anders liegt, als wenn der
englische Premier seinen Standpunkt in der obereschlesischen Frage in
kontinuitätlichen Verhandlungen im Obersten Rat vertreten hätte.
Dort bliebe ihm die Möglichkeit des diplomatischen Rückzugs auf dem
Verhandlungswege offen, ohne daß er als besiegter zu erscheinen
brauchte. Nun aber hat Lloyd George in aller Öffentlichkeit und
mit klarster Entschiedenheit erklärt, daß Oberschlesien seit 700 Jahren
nicht zu Polen gehört habe, daß es seit 200 Jahren deutsche Provinz
sei und daß das Abstimmsergebnis den geschichtlichen Tatsachen Recht
gegeben habe. Wenn Lloyd George nun doch nachträglich sich den
französischen Wünschen fügen sollte, so wäre das eine eklatante diplo-
matische Niederlage. Selbst die Umkehr von der Erklärung über das
„Einschalten“ der Staatsmänner von 1914 in den Weltkrieg auf
der Schulbanklage gegenüber Simons kann nicht zum Vergleich her-
angezogen werden. Wenn auch Lloyd George selbst mit dem selbstver-
ständlichsten Gesicht der Welt noch einmal morgen ansetzen wollte,
was er gestern verbrannt hat; diesmal ist das Entschlossene der eng-
lischen Nation engagiert, die sich gegen eine Umkehrung von Faschoda
sträuben wird. Mit Ausnahme der „Morningpost“, eines erflüselten
Toryblatts, hat sich die öffentliche Meinung Englands geschlossen
hinter die Anklage Lloyd Georges gegen Polen — indirekt —
gegen Frankreich gestellt. Jedes Zurück ist nun mit Prestigeverlust
verbunden, müßte als schwere diplomatische Niederlage erscheinen.
Lloyd George hat das Beispiel der brutalen französischen Diplomatie
Millerands und Briands nachgeahmt, die schon wiederholt in kriti-
schen Fällen die öffentliche Meinung ihres Landes durch parlamen-
tarische Reden oder gar wie bei der Besetzung des Marnekanals und
in der Brangelaffäre sich durch Handlungen festgelegt haben, um
Lloyd George zu zwingen. Diesmal ist es Lloyd George, der sich
durch Festlegung der öffentlichen Meinung den Rückzug verbauen
will. Die Festigkeit des französischen Mutausdrucks hat ihren Grund
gerade in der Erkenntnis, das mit der Rede Lloyd Georges ein
diplomatisches „fait accompli“ geschaffen ist. Hinzu kommt, daß
hinter Lloyd George die öffentliche Meinung Amerikas, Italiens und
der Neutralen steht. Die Art, wie sich die Erregung in Paris entladet,
zeugt davon, daß die gefühlsmäßige Erregung mit politischen Erwägun-
gen wenig gepaart ist. Wenn man Lloyd George einen Tülpel und
Geisteskranken nennt, wenn man ihm empfindet, unter friebherigen
Gefühlsmäßigkeiten auf grünem Rasen sich zu erholen, so ist das nicht geeignet,
auf die Eitelkeit Lloyd Georges beruhigend zu wirken und ihm ein
Einlenken zu erleichtern. Briand selbst ist natürlich vorsichtiger ge-
wesen, aber auch er hat seinem englischen Kollegen geschichtliche Un-
kenntnis vorgeworfen und andeutungsweise davon gesprochen, daß
Frankreich das Ruhrgebiet trotz Annahme des Ultimatums sofort be-
setzen werde, wenn die Deutschen die Rede Lloyd Georges zum Anlaß
nehmen sollten, um selbst mit der Reichswehr in Oberschlesien Or-
dnung zu schaffen. Sollte sich der englisch-französische Konflikt noch
weiter verschärfen, so ist damit zu rechnen, daß der französische Ein-
marsch auf eigene Faust, ohne Englands Zustimmung und entgegen
allen Vertragsbestimmungen sehr bald erfolgt. Man sollte beinahe
wünschen, daß es so käme. Denn wenn man doch einmal früher oder
später mit der Besetzung des Ruhrgebiets rechnen muß, so gibt es kei-
nen für uns glücklicheren Augenblick als den jetzigen, in dem Frank-
reich in der öffentlichen Meinung der ganzen Welt als im Unrecht
stehend und als Friedensbrecher betrachtet werden muß. D'Annunzio,
die Franzosen, die Polen und nun auch Lloyd George arbeiten mit der
Politik des „fait accompli“. Will die deutsche Regierung nicht endlich
lernen und in Oberschlesien das Beispiel nachahmen? Selbst wenn
oder gerade weil die Franzosen dann einmarschieren? Die Besetzung
des Ruhrgebiets durch Absehung des Ultimatums herbeizuführen,
hatte große Gefahren deshalb, weil England in diesem Falle auf
Frankreichs Seite stand und die übrige Welt uns über unsere Haltung
Vormüße gemacht haben würde. In der obereschlesischen Frage stehen
nach Lloyd Georges Rede Frankreich und Polen so isoliert in der
Welt, wie Deutschland und Oesterreich im Weltkrieg. Die Ausfüh-
rungen, uns wenigstens von den unerträglichsten Fesseln des Versailler Ver-
trags zu befreien, sind heute so pünktig wie vielleicht in langen
Jahren nicht wieder. Videant consules!

Frankreich schwimmt in Kohlen.

11 Berlin, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die „N. B. Z.“
schreibt: Eine Reutermeldung besagt, die Stadtverwaltung in Rouen
verfüge gegenwärtig über einen solchen Kohlenvorrat, daß dieser an-
fänge, fällig zu werden. Um sich des Ueberflusses zu entledigen, hat
man Kohlen zur Aufschüttung der Straßen benutzt.

Sowjetrußland und englischer Appellationsgerichtshof.

Paris, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: Im September vorigen Jahres war der Sowjetregierung das Konfiskationsrecht abgeprochen worden. Es handelte sich um einen Kaufvertrag für Holzlieferung bis August 1920, der zwischen Krassin und einer englischen Firma getätigt war. Das Holz stammte aus den Konfiskationen, die im Jahre 1919 über die russischen Gesellschaften verhängt worden waren. Es kam zu einem Prozeß und in der ersten Instanz wurde die Gültigkeit des Kaufvertrages nicht anerkannt. Inzwischen kam ein Abkommen zwischen London und Moskau zum Abschluß. Der Appellationsgerichtshof hat gestern das Urteil gefällt, daß England die Sowjetregierung als tatsächliche russische Regierung anerkannt habe und infolgedessen es nicht mehr Sache der englischen Gerichte sei, die Legalität der Akten der russischen Sowjetregierung zu prüfen.

Diese Entscheidung ist von der größten Bedeutung für die Infragestellung des englisch-russischen Handelsvertrages und für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland. Das Urteil hat diese Infragestellung nunmehr in die Tat umgekehrt.

Die Alandfrage.

Stockholm, 17. Mai. Aus Mariehamn wird gemeldet, daß am Montag eine Versammlung von etwa 500 Vertretern der gesamten Bevölkerung Alands stattgefunden hat. Es wurde einstimmig erklärt, das aländische Volk werde bis zum äußersten für sein Selbstbestimmungsrecht und die Wiedervereinigung mit Schweden kämpfen. Am 29. Mai werden in ganz Aland Protestversammlungen veranstaltet, bei denen gegen den Vorstoß der Berichterstatter des Völkerbundes Einspruch erhoben wird.

Ein amerikanisches Urteil.

Washington, 17. Mai. Eine wichtige Entscheidung, die voraussichtlich viele Millionen Dollar in die Staatskasse wird strömen lassen, ist gestern vom Obersten Gerichtshof gefällt worden. In einem Urteil wurde ausgesprochen, daß jeder Wertzuwachs irgend eines Aktiengewinns einer Gesellschaft oder eines Syndikats in voller Hinsicht als Gewinn betrachtet werden müsse.

Deutscher Lehrerverein.

Stuttgart, 16. Mai. Die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins wurde am Pfingstmontag vormittag 9 Uhr in der Viederhalle von dem 1. Vorsitzenden Lehrer Köhler-Berlin eröffnet, der den Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Schulz, den Vertreter der Staatspräsidenten Sieber, die Präsidenten der beiden Schulbehörden, den Oberbürgermeister Lautenschlager, den Vertreter der Universität Tübingen u. die Vertreter des österreichischen Lehrervereins begrüßte. Er betonte, daß der Deutsche Lehrerverein jetzt 130 000 Mitglieder zähle, daß der Stand des Schulwesens auch heute noch nicht durchweg befriedigend sei. Staatssekretär Schulz bemerkte, früher hätten ihn die Pfingsttagungen des Deutschen Lehrervereins vielfach nicht befriedigt, weil ihm die Beschlüsse nicht zu weit gingen, heute aber sei er als Leiter der Schulabteilung des Reichsministeriums vielfach in umgekehrter Lage. Große praktische und finanzielle Schwierigkeiten künden der Durchführung der Schulreform im Wege. Eine Reihe neuer Gesetze, besonders über das Berufs- und Lehrerbildungswesen seien in Vorbereitung. Ein aus Vertretern der Unterrichtsverwaltungen gebildeter Reichsschulsausschuß werde einen Reichsschulrat von Fachleuten zur Seite erhalten. Der Entwurf eines Gesetzes zur Auslegung des Artikels 140,2 der Reichsverfassung habe ihm noch keine Viertelstunde Freude gemacht, aber es habe sich darum gehandelt, einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen zu schaffen. Staatspräsident Dr. Sieber wies auf die geschichtlichen Ereignisse hin, die zwischen der letzten Tagung des Deutschen Lehrervereins in Stuttgart vor 27 Jahren und der heutigen Vertreterversammlung liegen. Bei allen Nöten der Zeit müsse doch die nachdrücklich Förderung aller Bestrebungen auf dem Gebiete des Schul- und Unterrichtswesens verlangt werden. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung unseres Schulwesens durch das Reich müsse doch auch die Eigenart der Länder und Stämme Berücksichtigung finden. Hauptaufgabe der Schulpolitik sei die Eingliederung der Schule und der, die an ihr arbeiten, in eine große einheitliche Schulorganisation. Wenn auch die Wege vielfach noch nicht klar seien, so müsse man doch dieses Ziel allezeit im Auge behalten. Oberbürgermeister Lautenschlager sagte, die Eigenart des Schulwesens fordere einen Ausgleich zwischen den Rechten und Pflichten von Staat und Gemeinde. Die Entwicklung sei in dieser Hinsicht in letzter Zeit zu Ungunsten der Städte erfolgt. Die finanzielle Lage werde es den Gemeinden in Zukunft nicht mehr gestatten, auf die äußere Ausgestaltung des Schulwesens so große Mittel wie bisher zu verwenden. Umso größerer Nachdruck sei auf die Persönlichkeit des Lehrers zu legen.

Als ersten Punkt der Tagesordnung behandelte Lehrer und Schriftsteller Lems-Berlin den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 140,2 der Reichsverfassung. Er leitete den Entwurf als den Interessen der Lehrerschaft und Schule und des Volkes zumverdienstlichen entschieden ab. Eine dahingehende Entscheidung wurde einstimmig angenommen. Sodann sprach Rektor Otto Schmidt-Berlin über Arbeitsschule, Arbeitsunterricht und Reichsverfassung. Seine Vorschläge wurden mit einigen Zusätzen und Änderungen, die sich besonders gegen die Einführung des Berufunterrichts als Pflichtfach und gegen die Verwendung besonderer Fachlehrer für diesen Unterricht wenden, angenommen. Endlich berichtete C. A. Frey-Berlin über die Beschlüsse der Erziehungswissenschaftlichen Hauptstelle des Deutschen Lehrervereins zur Frage der Lehrerbildung. Die Beratungen werden Dienstag und Mittwoch fortgesetzt.

Theater und Kunst.

Karlsruher Kunstausstellungen.

Badischer Kunstverein.

Eine Kollektion von Werken einiger Münchener Künstler ist diesmal in den Sälen des Badischen Kunstvereins angedeutet. Man sieht handwerklich drane Arbeit, gute Manier, laubere Behandlung der Farbe. Besondere Erwähnung verdienen die Malerin E. von Haldanaja, mit einem Schuß Süßlichkeit in ihren Darstellungen, und F. Scheerer, der kräftig vorträgt, aber noch zu wenig unmittelbaren Klang in seinen starken Tönen hat. Das härteste Interesse erregt H. Reeger, Talsheim, der schon lange nicht mehr in Karlsruhe ausgestellt hatte. Auch er legt sich zur Zeit mit dem Expressionismus auseinander, aber in einer Form, die dezent ist und von ehrlichem Gestaltungswillen zeugt. Zaborin scheint ein Vorbild zu sein, der die Evolutionen der heutigen Zeit ebenfalls selbständig in sich verarbeitet und allen seinen künstlerischen Gefühlen die Wärme der Persönlichkeit mitgibt. So auch Reeger, dessen tantes Temperament sich sowohl in Stofflichen, wie auch in Kontur und Farbe offenbart. Gewisse Einzelheiten verraten aber, daß der Expressionismus als Schule nur einen Durchgang für die Weisheit Reegers bilden wird. Er wird einer der wenigen sein, die sich an ihm erheben.

Die Ausstellung umfaßt des weiteren ansprechende Arbeiten Otto Eichrods und des Linzers E. Hofmann. Auch der Bulgare J. Wladimiroff fesselt die Aufmerksamkeit, was von den Bildern des Frankfurter C. D. Thaeiner nicht behauptet werden kann. Die graphische Abteilung zeigt diesmal nichts Hervorstechendes, doch sind die Blätter von A. Henne, M. E. Philipp, S. Berndt, F. Steiniger, F. Ruppert, M. Zeising und A. Baer in manchen Einzelzügen lebendig und genußbringend.

Galerie Moos.

Hier steht die Stuttgarter Malerin Maria Koeffl im Mittelpunkt, eine Künstlerin voll Disziplin und voll Streben nach geschlossener materischer Kultur. Sie ist Deutschrussin und bringt in ihrem Ausdruck auch familiäre Stillelemente zum Vorschein. Aber alles, was sie gelernt hat oder was ihr überkommen ist, bezwingt sie im eigenen Schauen, im eigenen Erlebnis. Für ihre Technik hat sie alles herangezogen: Impressionismus und Expressionismus, aber sie verwendet

Auß Baden.

Die Badische Landwirtschaftliche Woche.

Vom 17. bis zum 20. Mai finden in Karlsruhe eine große Anzahl landwirtschaftlicher Versammlungen und andere landwirtschaftliche Veranstaltungen statt. Man kann geradezu von einer „Badischen Landwirtschaftlichen Woche“ reden, wenn diese natürlich auch nicht die Ausmaße ihres Vorbildes, der großen Landwirtschaftlichen Woche in Berlin haben kann. Die Tagungen werden beweisen, wie groß das wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Verantwortungsgefühl der Landwirtschaft ist, daß sie sich bewußt ist, die denkwürdige Arbeit zu leisten, wenn sie dem sich selbst gefühlten Hinblick übernehmen und Notwendigkeiten des Landes gerecht werden will. Am 17. Mai vormittags hält der Landesauschuß des „Badischen Landbundes“, die wirtschaftspolitische Organisation der badischen Bauernschaft, seine Landesauskunftung ab. Am Nachmittag folgt im großen Festhallsaal die Landesversammlung des „Badischen Landbundes“. Am Mittwoch, den 18. Mai tagt im kleinen Festhallsaal der „Badische Mollereiverband“. Am Donnerstag, den 19. Mai findet vormittags eine Generalversammlung der Genossenschaften der „Badischen Landwirtschaftsbank“ und der 38. Verbandstag des „Verbands Bad. Landwirtschaftlicher Genossenschaften“ im großen Festhallsaal statt, während am Freitag, den 20. Mai vormittags im selben Saal der „Verband der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften“ tagt. Neben diesen Tagungen gehen zwei Ausstellungen her. Die Landwirtschaftskammer veranstaltet eine solche von Flach und Hanf und den daraus hergestellten Erzeugnissen in den Räumen der Festhalle, während im Landverbandsgebäude in der Lauterbergstraße eine Ausstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten stattfindet. Die „Badische Landwirtschaftliche Woche“ ist die größte Veranstaltung ihrer Art, die bis heute in Baden stattgefunden hat.

Vom Verband der mittleren Städte Badens.

Der geschäftsführende Ausschuß des Verbands der mittleren Städte Badens hielt dieser Tage in Ollenburg eine Sitzung ab. Aus der reichhaltigen Tagesordnung sind besonders folgende Punkte hervorzuheben. Gegen den Ertragssteuergesetzesentwurf werden verschiedene ernste Bedenken erhoben, die der Regierung und dem Landtag gegenüber zu vertreten sind. Soll bis zum Erlaß des endgültigen Gesetzes ein Recht erlassen werden, so wird einmal gegen eine Abänderung auf 1. April 1920 Stellung genommen und ferner verlangt, daß die Beschränkung der Gemeinden in der Höhe der Umlage in Wegfall kommt.

Die Zusammenlegung des Landesschiedsgerichts in dem Gebietsamt zur Sicherung der einheitlichen Rechtsprechung der Beamtenbestellung wird beantragt. Die Vertretung der Gemeinden nach dem Vorstoß des Entwurfs wird als nicht ausreichend erachtet. Es soll paritätische Besetzung unter dem Vorsitzenden des Verwaltungsgerichtshofes beantragt werden.

Von der Errichtung einer städtischen Baupreiszentrale zur Kaufmännischen und bauernden Ueberwachung der Baupreise nach den Vorschriften der Bauverordnungen wird auf die erheblichen Kosten einer derartigen Einrichtung, Aufwand genommen. Doch wird den Städten eine ähnliche Forderung untereinander und mit den großen Städten dringend empfohlen.

Die Kosten der Ortspolizei sind durch die Maßnahme des Landes herabzusetzen, daß die Gemeinden sie nicht mehr tragen können. Sie sind zur bereit, die Kosten zu tragen, die sie im Jahre 1919 tatsächlich bezahlt haben, ausgleich eines Aufschlages von 25 Proz. Die Beiträge müssen den Gemeinden vom Lande erlassen werden. Für die Vertretung dieses Standpunktes bei der Regierung wird ein Ausschuß gebildet. Die Tariffrage für die Armenpflegekosten entsprechen nicht mehr dem deutschen Geldwert. Da die arbeitslos anstehende, einleitende, rechtschließende Regelung wohl noch länger auf sich warten lassen wird, soll ein Zuschlag von 500 Proz. zu den Friedensständen beim Landtag beantragt werden, und zwar gleichmäßig ohne Stellung nach Ortsklassen.

Für die den Gemeinden aus der Aufhebung der Vorschriften infolge des Reichsgrundschulgesetzes erscheinenden Kosten muß vorher Erlaubnis erteilt werden. Das Vorhaben des deutschen Städtetages in dieser Richtung ist zu unterstützen.

Die Prämissen der verschiedenen Versicherungen der Gemeinden sind so außerordentlich ansehnlich, daß eine andere Organisation der Versicherungen, sei es mit der Zentralen Mannheim, sei es mit dem deutschen Städtetage und dem Reichsstadtebund, ernstlich in Erwägung gezogen werden muß. Von dem Stand der Verhandlungen im Landtag über das Katastralgesez wird Kenntnis genommen. Die Absicht kann wieder vom Standpunkt der Gemeinden nach der Beamten als eine betrübliche angesehen werden. Es sind daher neue Anträge gestellt worden.

Die Misch-, Baden, Württemberg, Rheinpfalz und Südbaden zu einem Bezirksverband zusammenzuschließen, wird freudig bejaht. Der Ausschuß untersteht dabei lebhaft diesen Plan. Da der Erlaß eines Reichsgesetzes über die Erhebung einer Wohnabgabe wieder hinausgeschoben ist, soll beim Ministerium beantragt werden, in größerem Umfang Baukostenzuschüsse zu bewilligen, damit die Bauhäuflichkeit noch im laufenden Sommer in Aussicht kommen kann. Dabei ist sich der Ausschuß entschieden gegen die Misch-, Bezirksverbände und Verbände zu bilden, weil darin nur eine Fortführung der kommunalverbände erblickt wird, die sich überholt haben.

Gegen den Beschluß des Landtagsausschusses zur Gemeindeordnung, die Gemeinden zu verpflichten, von den Beamten des Gemeindeverwalters, Lehrer, Pfarrer und Ärzte in die sie betreffenden Anwesenheitslisten berechnigt beizugeben, wird Einspruch erhoben. Dadurch wird einmal die Geschäftsabteilung wesentlich erleichtert, auf der anderen Seite können aber auch alle anderen Interessenten mit dem gleichen Recht beauftragt, zugezogen zu werden. Als Tagungsort für den diesjährigen Städtetage wird schließlich Danauerschlag bestimmt. Die Tagung soll Mitte Juli stattfinden.

(Durlach, 16. Mai. Dem in dieser Woche in Konstanz tagenden Verbandstag Badischer Gastwirte liegt u. a. auch ein Antrag des

Wirteneins Durlach und Umgebung vor auf Einschränkung der Neuzonifikation und völlige Ablehnung neuer spanischer Weinstuben.

Wiltberingen (b. Forstheim), 16. Mai. Im Gasthaus „Ranne“ fand dieser Tage eine jährliche Versammlung von Landwirten aus Wiltberingen und Rönigsbach statt, in welcher auf Wunsch aus dortigen landwirtschaftlichen Kreisen der Leiter der Buchstelle und Steuerberatungsstelle der Landwirtschaftskammer, Herr Weber, über die Umfassung und besonders die neue Einkommensteuer. Mit geliebter Aufmerksamkeit verfolgten die anwesenden Bauwirte und Arbeiter die Ausführungen der Landwirtschaftskammer, an welche sich eine lebendige Aussprache und Fragestellung angeschlossen. Anschließend wurde auch der Wunsch geäußert, daß im nächsten Herbst oder Winter im Pfingst, etwa in Rönigsbach, ein Bauernkongress durch die Landwirtschaftskammer abgehalten werden soll.

St. Mannheim, 14. Mai. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses und unter der Voraussetzung, daß der badische Staat den in Teilzahlungen in Aussicht gestellten, verlorenen Zuschuß von 4 1/2 Millionen M. leistet, erwirbt die Stadtgemeinde käuflich sämtliche im Eigentum der Oberhessischen Eisenbahngesellschaft befindlichen Bahnanlagen und übernimmt dem badischen Staat gegenüber die Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Bahnen zu sorgen und, sofern die Betriebskosten die Ertragsfälle übersteigen, die etwa erforderlichen Zuschüsse zu leisten. In einer zum Betriebe der Bahnen zu gründenden Betriebsgesellschaft beteiligt sich die Stadt mit 80 Prozent des Aktienkapitals. — Durch die neue Kohlenpreiserhöhung beschloß der Stadtrat, den Wassergrundpreis auf 87 3/4 pro Kubikmeter, den Gaspreis auf 1.50 M. pro Kubikmeter, den Lichtstrompreis auf 3.13 M. den Kraftstromgrundpreis auf 2.10 M. und den Mindestpreis für den Großabnehmerpreis auf 1.48 M. pro Kilowattstunde, die Wassermindeleibgebühr auf 9,7 Prozent des Mietwertes festzusetzen. In den letzten Wochen wurden zur Aufrechterhaltung des Betriebes des Gas- und Elektrizitätswertes sehr teure ausländische Kohlen verwendet. Die finanzielle Lage der Stadt verbietet aber eine Fortsetzung dieses Verfahrens und wird bei den Kohlenverteilungsbehörden mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß die Werte in genügendem Maße mit deutscher Kohle beliefert werden. Die Verantwortung für die bei ungenügender Belieferung mit deutscher Kohle entstehenden Kosten muß diesen Behörden überlassen werden.

Heidelberg, 17. Mai. Die Sammlung für die Kinderhilfe hat in unserer Stadt die Summe von 147 000 Mark ergeben. — Das städtische Jugendamt hat in den Räumen der hiesigen Gewerbeschule veranschaulicht eine Jugendberoberge errichtet.

Heidelberg, 17. Mai. Am Freitag beschäftigte sich der 28jährige Bahnarbeiter Karl Pfeiffer in Rohrbach mit einer geladenen Pistole. Er zielte auf das Scheunentor und wollte versuchen, ob die Kugel durch das Holz geht. Das Geschloß drang durch die Tür und die 14jährige Theodora Rothberger, die auf dem Hof beschäftigt war, wurde von der Kugel in das Herz getroffen, jedoch sofort tot war. — Die Strafkammer verurteilte den Kaufmann Gust. Günter aus Ulm, der sich in hiesigen Hotels als Gerichtsassessor Max Fred König aufhalten habe und verurteilt, Juwelen im Werte von 80 000 Mark zu erstatten, zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Wiesbaden, 16. Mai. Am hiesigen Bahnhofsübergang wurde die Kalesche des Freiherren von Mannhoben von dem um 4 Uhr einlaufenden Odenwaldbusse infolge Schuwerdens des vor der Kalesche gespannten Maulfelles erfaßt und zertrümmert. Der 68jährige Kaufmann Koch wurde so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus in Weinheim bald nach der Einlieferung starb. Die beiden Insassen, eine Köchin aus dem Mannhobischen Schloß und ein zu Besuch weilender Friseur aus Frankfurt a. M. wurden gleichfalls schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert, sind jedoch außer Lebensgefahr. Der Maulfelle wurde auf der Stelle getötet.

Kastell, 16. Mai. Der Bürgerausschuß in Kastell stimmte in seiner letzten Sitzung der Vorlage des Gemeinderates von 25 bis 5 Millionen Mark zur Erbauung von neuen Häusern in verschiedenen Stadtteilen durch die Baugenossenschaft „Gartenstadt“ in Erbauungsvertrag zu. Die Rheinische Hypothekbank in Mannheim ist bereit, die Neubauten bis zu 90 Proz. des amtlichen Schätzwertes zu befehlen. Die Beilehung wird rund 2 Millionen Mark betragen können, während die Baufumme auf rund 4,3 Millionen veranschlagt ist. Die Gesamtzahl der von der Stadtgemeinde seit Kriegsende eingetragenen und erstellten Wohnungen beträgt 322. Für den Sommer 1921 stehen noch 32 Wohnungen in Aussicht. Auf dem in Betracht kommenden Gelände in den verschiedenen Stadtteilen sollen im ganzen vorerst 67 Wohnungen erstellt werden. Desgleichen stimmte der Bürgerausschuß der Erhöhung des Gaspreises auf 1.60 Mark pro Kubikmeter mit Wirkung vom 1. Mai ds. Jrs. zu.

Baden-Baden, 17. Mai. Das diesjährige Schachturnier-Lanzenturnier ist, wie üblich, in der Villa Wode vorüber und soll am Samstag den 21. Mai 1921 aufgetragen werden. Das Turnier wird vom ersten Mai unter der Aufsicht des im Vorjahre gegründeten Reichsverbandes für Kanjopfer stehen, dessen Präsident Groß und Verbandsvorstand auch in der Turnierleitung mitarbeiten wird. Die Turnierregeln des Reichsverbandes für Kanjopfer werden dem Turnierjuror, Kur Amateur und Amateur, als Turnierregeln werden. Die Turnierregeln sind im Anhang des Turnierprogramms enthalten. Das Preisgericht setzt sich aus Damen und Herren der Gesellschaft zusammen. Mit dem Turnier verbunden ist ein Ball in den Sälen des Kurhauses, das Turnier selbst findet im Gartenhof statt.

Höll, 16. Mai. Der Badische Obsthändlerverband, Eich Wegel, protestiert in einer Aufschrift an den Reichsverkehrsminister gegen die Tarifveränderung für Güter aller Art und ganz besonders für Obst. Die durch sie auch das Obst zum Luxusartikel geworden, namentlich für die

Frauen-Schönheit Steckenpferd-Seife. Verleiht ein rosiges, jugendliches Antlitz und ein zartes, schönes Teint. Alles dies erzeugt die allein echte die beste Lilienmilchseife v. Bergmann & Co., Radebeul.

haben der Kunst erwächst. Man könne uns nicht den Geist nehmen, der an das Hohe, Reine und Schöne glaube und der in diesem Glau ben unvergängliche Werte schafft. Bürgermeister Klein begrüßte die Ausstellung namens der Stadtverwaltung und Dr. Sieber erklärte sie als eröffnet. — Bei einem Rundgang zeigen sich in den Sälen und stimmungsvollen Räumen etwa 600 Werke der Malerei, Plastik und Graphik. Bei den Werken wurden künstlerische Qualitäten berücksichtigt ohne Engherzigkeit bezüglich bestimmter künstlerischer Richtungen. Der erste Eindruck dieser deutschen Kunstausstellung, auf der auch badische Künstler vertreten sind, ist ein durchaus günstiger. (Näherer Bericht folgt.)

Drittes Karlsruher Kammermusikfest.

Mertwürdig, daß die erhabenen Abende des Rosé-Quartetts unter mittelmäßigem Besuch zu leiden haben, bedeuten doch in unserm Konzertleben Gipfelstücke. Die zweite Veranstaltung war Beethoven gewidmet. Die Vereinigung stand gleich mit ihrer ersten Gabe, dem T-moll-Quartett, auf der Höhe der Kunst und der glückliche Durch Einheitsliebe und Innerlichkeit. Die Wiener Künstler stellten nach dem Farben-Quartett (op. 74) am Ende des über zwei Stunden dauernden Abends mit dem A-moll-Quartett (op. 132) an die Gedenden große Anforderungen. Die widerstreitenden Gefühle liegen sich in den „heiligen Dantelungen eines Genies an die Kunst“ auf, der wie ein Choral feierlich vorüberzieht und die Durchführung der Vereinigung, ihre hohe Kultur des Klanges, hoch aufleuchten ließ.

Der Dank des Publikums war begeistert. Heute bringen die Künstler neben Robert Schumann und Johannes Brahms wieder Franz Schubert, dessen ureigenste Verkörperer sie sind.

Von den badischen Hofschulen. Ernann wurde der außerordentliche Professor Dr. Ernst Grosse an der Universität Freiburg zum ordentl. Honorarprofessor dieser Universität. — Der ordentliche Professor der Hygiene Geheimrat Dr. Martin Hahn in Freiburg hat einen Ruf an die Universität Berlin erhalten. Herr Geheimrat Justizrat Professor ord. Dr. Wilhelm van Calker hat einen Ruf als ordentlicher Professor des öffentlichen Rechts an die Universität Marburg erhalten.

Vom Konstanzener Theater. Theaterdirektor Dr. Max Rüge hat Konstanz die Leitung des Stadttheaters in Münster in Baden übernehmen.

die Kunstmittel nur als Träger der festen Konstruktion, im Architektontischen ist sie frei und darum gewinnt sie auch für den Bildstoff die Eigenbewegung. Die Raumgestaltung erfüllt die Gehe der Einfachheit und ist doch überall besonders und geistvoll. Die Künstlerin stellt sich vor neue, interessante Probleme und löst sie mit Geschick und Gesinnung. Komposition und Farbenwirkung sind stets bis ins Einzelne bedacht. Dabei zeigen ihre Arbeiten in Sprache, Ausdruck und Anordnung durchaus den Schimmer reicher Weltlichkeit.

Das Thema „Mutter und Kind“ hat sie viel beschäftigt. Als reifste Frucht finden wir hier das Bild der Madonna, das Jüger der russischen Kirchenmalerei trägt und doch, äußerlich wie innerlich, weit von ihr entfernt ist. Ein neuer Weg ist hier aufgezeigt und von Maria Koeffl schon fest und sicher besritten. Kinderbilder voll feinsten Schilderungskunst schließen sich diesem meisterlichen Werte an. Bedeutend sind auch die Stillleben, jedes eine Welt für sich. Eine eigenartige Darstellung der „Kreuzabnahme“ nimmt fast gefangen durch die Art, wie hier der Schmerz der Leidtragenden in den Vordergrund gerückt wurde. Von großer materieller Qualität ist auch das „Brautpaar“ und die daneben hängende Landschaft. Ebenfalls gehört Maria Koeffl zu den begabtesten Malerinnen der Gegenwart.

Die Ausstellung enthält des weiteren noch vorzügliche graphische Schöpfungen von Louis Corinth, Ernst Dypier, Emil Orlik und Peter Holm. Die Glasmalereien (Kerzenbilder) von Walter Reuter verraten Talent und gute Behandlung des Materials.

Eröffnung der deutschen Kunstausstellung Stuttgart 1921.

Die Allgemeine deutsche Kunstgenossenschaft hat im Kunstgebäude am Schloßplatz eine große Kunstausstellung von Werken aus allen deutschen Kunststätten eröffnet. Bei der Eröffnungsfeier am Pfingstamstag sprach der 1. Vorsitzende der Allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft, G. Fentoch, über deutsche Kunst und deutsche Not und wies darauf hin, daß die Kunst berufen sei, den Völkern sich zu überwinden. Staatspräsident Dr. Sieber hielt eine tiefgründige Begrüßungsansprache. Die Pfleger der geistigen Güter könne uns kein Feind und kein Friedensstift übermühtiger Sieger rauben. Dazu gehöre auch die deutsche Kunst, deren göttlicher Beruf es sei, in Tagen der Not und Armut Freude und Trost und Erhebung zu schaffen. Trotz allen Schwerkens scheine die Hoffnung nicht vergeblich zu sein, daß aus den erschütternden Ereignissen und Erlebnissen eine Vertiefung und Verinnerlichung der deutschen Kunst, auch im Erfassen und Ver-

Handels-Zeitung der „Badischen Presse“

Die neuen Scheckbedingungen.

Die Vereinigung der Berliner Banken und Bankiers hat die Bedingungen für den Scheckverkehr neu formuliert und in denselben das Rechtsverhältnis zwischen den Bezogenen und Ausstellern der Schecks in klarer und knapper Weise festgelegt. Den Bedingungen, die, da sie von der Vereinigung der Berliner Banken und Bankiers allgemein angewandt werden, sicherlich auch von den Banken und Bankgeschäften im übrigen Reich zur Anwendung gelangen werden, kommt daher allgemeine Bedeutung zu. Gegen ihre Formulierung ist, von einer Ausnahme abgesehen, nichts einzuwenden, da sie in der Hauptsache nur das unbedingt Notwendige enthalten; im übrigen gelten für den Verkehr die Bestimmungen des Scheckgesetzes.

Von erheblicher Bedeutung dürfte aber die letzte der in den Bedingungen aufgenommenen Vereinbarungen werden. Sie bestimmt nämlich, daß alle Folgen und Nachteile des Abhandelskommens, der mißbräuchlichen Verwendung, der Fälschung und Verfälschung von Schecks und Scheckordnungen und des Vordrucks der Empfangsbekundigung oder des Befehlzettels der Kontoinhaber zu tragen haben. Dies kann zu unabsehbaren Konsequenzen führen, um so mehr, als weiterhin bestimmt wird, daß die Banken nur für nachgewiesenes Verschulden und nur in dem Maße, als es im Verhältnis zu anderen Ursachen an der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat, haften, d. h. doch wohl mit anderen Worten, daß die gesamten Folgen, die aus Fälschungen und Verfälschungen entstehen können, dem Bankkunden, also in der Regel dem wirtschaftlich Schwächeren aufgebürdet werden. Die Banken haften eine Schadenersatzpflichtigkeit nur dann für gegeben, wenn sie ganz offensichtlich, ohne den bestehenden Rechtsgrundlagen ins Gesicht zu schlagen, nicht auf die Kundenschaft abgewandt werden kann; wenn ein nachweisbares Verschulden vorliegt. Die Beweislast, daß in der Tat ein Verschulden vorliegt, trifft also den Kontoinhaber und wenn man sich der Tatsache bewußt wird, daß derjenige, der im Rechtsstreit beweispflichtig ist, den Prozeß zur Hälfte schon verloren hat, so wird diese Abwälzung von Schadenersatzpflichtigkeit in der Mehrzahl der Fälle einen für die Banken günstigen Erfolg haben.

Die Frage, ob derartige Bestimmungen überhaupt rechtswirksame Kraft erlangen können, bleibt dahingestellt; man kann darüber geistiger Meinung sein. Die praktische Konsequenz dieser Bestimmungen dürfte aber letzten Endes darauf hinauslaufen, daß die Bankkundschaft mehr und mehr dazu übergehen wird, den Scheckverkehr aufzugeben — die einzige Möglichkeit, den Schäden dieser Bestimmungen aus dem Wege zu gehen. Das aber eine derartige Entwicklung weder im Interesse des deutschen Zahlensystems noch im Interesse der Banken selbst liegt, bedarf keines Beweises. Es wäre daher zu wünschen, wenn sich die Vereinigung der Berliner Banken und Bankiers zu einer Verringerung ihrer weitgehenden Formulierung entschließen würde, von der Erkenntnis ausgehend, daß eine event. eintretende Schadenersatzleistung geringere Nachteile im Gefolge hat, als eine Störung unseres Zahlensystems und Abrechnungsverkehrs.

Industrie und Handel.

Verband südwestdeutscher Großhändler mit Tabakfabrikanten, Stuttgart. Am 10. Mai ds. Js. fand im gotischen Saal des Hotel Victoria die zweite Generalversammlung des Verbandes südwestdeutscher Großhändler mit Tabakfabrikanten statt. Die Versammlung war aus allen Teilen Württembergs und Badens gut besucht und wurde von dem Verbandsvorsitzenden, Herrn W. J. S. in G. Heideberg, geleitet. Derselbe begrüßte die Erschienenen und erteilte sodann Herrn Syndikus Dr. Lothar DeJauer das Wort zur Erstattung des Jahresberichts, der einstimmig genehmigt wurde. Hierauf wurde der Kassenericht, der vom Schatzmeister, Herrn E. K. in S. in R. in Stuttgart, verlesen wurde, einstimmig angenommen. Herr Brünning hielt sodann ein eingehendes Referat über die Verhandlungen mit dem Industrieverband der Tabakwarenbranche, namentlich berichtete er über die schwierigen Verhandlungen mit der Kartellierten Zigarettenindustrie. Es wurde sodann eine Resolution folgenden Inhalts einstimmig angenommen: Die im Verband südwestdeutscher Großhändler mit Tabakfabrikanten, Südwestdeutscher Tabakwarenbranche, Württembergs und Badens protestieren einstimmig gegen die bisherige Preispolitik des Kartells der Zigarettenindustrie und lehnen die weitere Entwicklung der wertverdrängenden Tendenz zur Kürzung ihrer Verdienste mit Besorgnis entgegen, umso mehr, als eine von den Fabriken sogar unterstützte Schieberkonkurrenz sie auch noch zur Herabgabe eines Teils der ihnen gewährten an sich schon zu geringen Rabatte zwingt. Sie sehen die einzige Möglichkeit, die Verhältnisse einer Gesundung zuzuführen, in einer stärkeren Organisation der gesamten Branche, wie sie auch von der Zigarettenindustrie erstrebt wird; sie erklären sich bereit, diese Bestrebungen zu unterstützen, mögen aber die Industrie den organisierten Großisten günstigere Konditionen einzuräumen hätte. Sie beantragen bei der Leitung der Z. G. L., diese Wünsche zur Kenntnis der Verbände der Zigarettenindustrie zu bringen und stellen anheim, einen gleichen Beschluß in der Münchener Generalversammlung des Zentralverbandes herbeizuführen. Weiterhin wurde einstimmig beschlossen, die von einer württembergischen Zigarettenfabrik vorgelegten Marken zu Eigentumsmarken des Verbandes zu erheben. Die Firma wurde beauftragt, die künstlerische Ausfertigung der Umhüllungen zu befragen und sie einer Kommission des Verbandes vorzulegen. Desgleichen wurde eine Kommission ernannt, die beauftragt

ist, die Verhältnisse einer Tabakfabrik zu prüfen, die sich angeboten hat, dem Verband ebenfalls Eigentumsmarken in Tabak zu liefern, soweit Mitglieder des Verbandes sich bereit erklären, sich an derselben zu beteiligen. Auf diese Weise hofft der Verband, den Mitgliedern bei Bezug der Fabrikate günstige Bedingungen verschaffen zu können. Die Vorstandswahl ergab dasselbe Resultat wie das letzte Jahr, nur wurden anstelle der ausgeschiedenen 2 Vorstandsmitglieder die Herren Otto Schmidt-Stuttgart und E. G. St. in Stuttgart in den Vorstand gewählt. Ferner wurde eine geringe Erhöhung des Jahresbeitrags einstimmig genehmigt. Die Anträge der Ortsgruppe Breslau und Leipzig zur Münchener Tagung des Zentralverbandes Deutscher Großhändler wurden abgelehnt und Johann die Preise für die Eigentumsmarken sowie die Konventionalstrafe für deren Übertretung bestimmt. Die Sitzung nahm um 4 Uhr ihr Ende.

U. G. für Antikongestration in Berlin. Die U. G. setzte die Dividende für die Vorzugsaktien auf 3 1/2 Prozent, für die Stammaktien auf 20 Prozent fest und wählte neu in den Aufsichtsrat Dr. Kurt v. Martins (Stauffenhoff bei Reichthal). Es wurde beschlossen, von den 25 Millionen Mark Vorzugsaktien 15 Millionen Mark in Stammaktien umzuwandeln. Sodann sollen 53 Millionen Mark neue Aktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1921 ausgeben werden. Von den demnach zur Verfügung stehenden 62 Millionen Mark neuen Stammaktien werden 54 Millionen Mark einem Konortium unter Führung der Dresdner Bank überlassen mit der Verpflichtung, sie den bisherigen Aktionären derart anzubieten, daß auf je 3500 Mark alte Stammaktien 3000 neue zu 112 Prozent Prozent entfallen. 25 Prozent sind sofort, 50 Prozent spätestens am 1. Oktober und die restlichen 25 Prozent spätestens am 1. Dezember einzuzahlen. Von den verbleibenden 14 Millionen Mark neuen Stammaktien werden 13,6 Millionen Mark zum Erwerb von Geschäftsanteilen der Leopold Cahla & Co. G. m. b. H. verwendet und 0,4 Millionen Mark sollen demnach für die 10 Millionen Mark Vorzugsaktien zur Verfügung stehen. Die Stammaktien über 500 Mark haben demnach eine Stimme, über 1000 Mark zwei Stimmen und die Vorzugsaktien über 1000 Mark zwanzig Stimmen.

Notierungen der Berliner Börse vom 17. Mai.

Industrie-Aktien (Hütten- u. Bergwerks-Aktien)		Bank-Aktien		Kolonialwerte		Schiffahrtswerte		
13. 5. 21	17. 5. 21	13. 5. 21	17. 5. 21	13. 5. 21	17. 5. 21	13. 5. 21	17. 5. 21	
Accumulat.	440.-	444.-	Dynamit	131.-	131.-	Arro-Dyfsch	995.-	995.-
Adler, Kleyer	240.-	244.-	Elberf. Farb.	478.-	482.-	Deutsche Prämienanleihe	99 50	99 50
Alexanderw.	260.-	265.-	Esch w. Bergw.	315.-	319.-	Preuß. Schatzanw. 1921	99 50	99 50
A. E. G.	301.50	300.75	Feldm. Papier	340.-	344.-	Pröußische Consols	68.50	68.50
Aluminium	365.50	375.75	Gesuch. Wallf.	565.-	568.-	" "	63.10	63.10
Angsb. N. M.	460.-	447.-	Gaggenau-Eis.	280.75	283.75	" "	73.30	73.30
Bad. Anilin	520.-	528.75	Gesuch. Wallf.	337.-	339.50	Bad. Staatsanl. 1909/14	73.30	73.30
Bergau. Elekt.	337.50	337.50	Gelsenk. Berg	396.25	398.50			
Berl. Anst. Ma.	293.50	295.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Berl. Masch.	360.-	366.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Bing. Nürnberg	294.-	297.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Bismarck	715.-	715.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Bochum. Guß	446.-	453.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Brown Boveri	543.-	548.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Buderus	583.-	575.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Chem. Gröth.	470.-	470.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Chem. Gröth.	470.-	470.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Daimler	602.-	616.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Dessauer Gas	230.-	199.75	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Dr. Lux. Bgw.	323.25	321.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Dr. Uebersee	1083.-	1065.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Eisb. S. W.	288.-	288.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Erdb.	810.-	800.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Gesl. Auer	330.-	330.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Kalwerke	358.-	345.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Waffen	558.-	561.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			
Eisenhdt.	285.-	280.-	Hess. Bergw.	320.-	323.50			

Festverzinsliche Papiere.		Festverzinsliche Papiere.			
13. 5. 21	17. 5. 21	13. 5. 21	17. 5. 21		
1/2% Dtsch. Schatzanw. Serie I	99.75	99.70	3/4% Dtsch. Reichsanleihe	71.90	76.40
1/2% " " " " " "	99.50	99.50	Deutsche Prämienanleihe	99.50	99.50
1/2% " " " " " "	99.50	99.50	Preuß. Schatzanw. 1921	99.50	99.50
1/2% " " " " " "	99.50	99.50	Pröußische Consols	68.50	68.50
1/2% " " " " " "	99.50	99.50	" "	63.10	63.10
1/2% " " " " " "	99.50	99.50	" "	73.30	73.30
1/2% " " " " " "	99.50	99.50	" "	73.30	73.30

Berliner Börse vom 17. Mai. Abgesehen von lebhaftem Anziehen in einzelnen Industriepapieren herrschte noch Feiertagsstille. Bei ziemlich fester Grundstimmung unterlagen die Kurse geringfügigen Veränderungen. Besserungen kamen bis zu 10 Proz. auf. Zu erwähnen sind: Drüstein u. Koppel, Rhein. Metall und Rhein. Brauntal, sowie Wöhler. Dagegen stellten sich in gleichem Maße niedriger: Westeregeln, Deutsch-Kohl und Höf. Im Rentenverkehr war Interesse für deutsche und preussische Anleihen, wobei das Ausland wiederum sprödigere Reichsanleihe und Mexikaner bevorzugte. Der Verkehr am Devisenmarkt war still.

Notierungen der Frankfurter Börse vom 17. Mai.

Bank- und Industrie-Aktien.		Bank- und Industrie-Aktien.	
13. 5. 21	17. 5. 21	13. 5. 21	17. 5. 21
Bad. Bank	474.50	Harp. Bergb.	470.-
Darmst. Bank	294.-	Laur. Hütte	470.-
Dtsch.-Gesell.	247.75	Aschberg Zellst.	502.-
Mrosch. Bank	212.60	Grün & Bilfg.	310.-
M. D. Credit	168.-	Cem. Heidelberg	310.-
Oestr. Bank	81.60	Bad. Anilin	514.-
Polz. Bank	188.75	Scheidtmann	580.-
Rh. Kreditbk.	194.-	Hochst. Farb.	433.-
Sidd. Dis. Ges.	195.60	C. F. V. Mannh.	1080.-
Wiener Bank	42.50	Uebersee	1080.-
Würst. Notbk.	105.-	Bl. Licht. Kraft	308.-
Atom. Anst.	—	Unsch. Gebr.	299.50
Boch. Gasst.	—	Adl. & Koppent.	350.-
Gelsenk. Bk.	336.50	M. F. Badenia	350.-
		Durlach	324.50

Frankfurter Börse vom 17. Mai. Die Rede von Georg Meißner über Oberhessen, die bereits an den Hoffahrtstagen gewisse Berührung hervorrief, veranlaßte, daß die Tenenz trotz der 3 Tage wenig nachgab. Die Stimmung war gehoben, angeregt durch Kaufaufträge des Publikums. Diese Erleichterung war besonders am Kassamarkt zu beobachten. Einen lebhaften Verkehr hatten auch Mexikaner zu verzeichnen, besonders 5 prozentige Goldmexikaner gefußt und bis 714 bezahlt. Zeitweise auch 5 prozentige Silbermexikaner und 5 prozentige Lehman gefußt. 4 prozentige Deutsch-Petroleum 840. Im Rentenverkehr rege Stimmung für Polanien 306-305. Gebrüder Jahn freigeig 265-268. Chemisch-Industrie 730. Deutsche Maschinen 301. Der Montanmarkt war im allgemeinen ruhig. Oberbergt angesehen. Höher stellten sich Wöhler, Rhein. Metall, Eisenfelder Farben 458, Goldschmidt traten mit 730 in Berleberg. Elektrische Papiere unterlagen geringen Kurveränderungen. Renten und Guilleume zum ersten Kurs 563 (plus 3 Proz.). Schudert und H. C. G. gefußt. Daimler und Adler-Kleiner beschäftigt. Fahrtenzeuge Eisenach auf die bevorstehende Übernahme durch die Waggonfabrik höher bezahlt. Die Börse bewahrte feste Haltung bis zum Schluß, Privatdiskont 3 1/2.

Vom Valutamarkt.

Berliner Devisennotierungen. Berlin, den 17. Mai. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Auszahlung.	13. 5. 21	17. 5. 21	Telegraph. Auszahlung.	13. 5. 21	17. 5. 21
Amsterdam	1677.90	1682.10	New-York	158.31	158.43
Brüssel	494.50	495.50	Paris	497.498	498.50
Kristiania	966.50	968.50	Schweden	1016.95	1017.05
Kopenhagen	1053.90	1055.11	Spanien	754.20	755.20
Stockholm	1375.60	1376.44	D.-Oestr. abg.	13.85	13.89
Helsingfors	120.85	121.50	Prag	84.41	85.90
London	233.-	233.10	Budapest	26.97	27.03
			Poln. Noten	—	2.25

Frankfurter Devisennotierungen.

Telegraph. Auszahlung.	13. 5. 21	17. 5. 21	Telegraph. Auszahlung.	13. 5. 21	17. 5. 21
Antw.-Brüssel	489.50	487.50	Norwegen	974.-	976.-
Holland	2082.90	2087.10	Schweden	1388.60	1391.41
London	230.75	231.28	Helsingfors	—	—
Paris	494.50	495.50	New-York	158.31	158.43
Schweden	1016.95	1017.05	Wien (alt)	—	—
Spanien	754.20	755.20	D.-Oestr. abg.	13.85	14.02
Italien	317.00	320.30	Budapest	27.34	27.40
Lissabon-Op.	—	—	Prag	—	—
Dänemark	1068.90	1071.10			

Zürcher Devisennotierungen.

Telegraphische Auszahlungen.	14. 5. 21	17. 5. 21	Telegraphische Auszahlungen.	14. 5. 21	17. 5. 21
Deutschland	9.85	9.80	Kopenhagen	100.75	100.65
Wien	1.32	1.35	Stockholm	131.25	131.15
Paris	8.10	8.10	Kristiania	91.-	89.50
Holland	201.30	201.50	Madrid	70.-	71.50
New-York	658.-	655.-	Puenos-Aires	180.-	172.50
London	22.28	22.50	Bukarest	4.15	4.10
Schweden	47.40	46.95	Budapest	2.70	2.65
Italien	31.15	30.80	Bukarest	10.-	10.10
Brüssel	47.45	46.95			

Amsterdamer Deviseneröffnung. 17. Mai. Die Devisen eröffneten folgendermaßen: Berlin 478 (480), London 1105 (1110), Paris 2350 (2360), Brüssel 2350 (2360), Basel 4980 (4990), Wien 065 (060), Kopenhagen 5015 (5090), Stockholm 6540 (2625), Kristiania 4450 (4650), New-York 275 1/2 (277 1/2), Budapest 134 (140). Die Klammern angeführten Devisen datieren vom 13. d. M.

Kofferfabrik Eduard Müller
Waldstraße 45 KARLSRUHE i. B. Telefon 2165
Damen-Handtaschen, Besuchstaschen, Geldscheintaschen, Brieftaschen
Grosse Auswahl — Billige Preise
Reisekoffer aus Leder und Segeltuch
Eigenes Fabrikat 3209 Reparaturwerkstätte

Organisation
kaufmännischer Betriebe übernimmt
Rheinische Treuhand-Gesellschaft A. G.
M. G. 13 Mannheim Tel. 1806 und 1807
Aktien-Kapital Mark 1.500.000,-

Motorrad „ARDIE“
das unübertroffene deutsche Fabrikat
1 Zylinder 3 PS. Zweitakt
2 Gänge, 1 Leerlauf, Gekapselter Zahnradantrieb
Das geschaffene Rad für Touren u. Geschäftsreisen.
General-Vertretung:
Alois Islinger, Automobil- u. Motorradvertrieb, Mannheim
Augartenstraße 84 Telefon 3725.
402a Eigene Reparatur-Werkstätte für alle Systeme.

Der Seifengehalt von **Flammerseifenpulver** ist um **50%** erhöht worden
ÜBERZEUGEN SIE SICH VON DER GÜTE DURCH EINEN VERSUCH. Preis 1 M. 85 für ein Paket
KRAEMER-FLAMMER-HEILBRUNNEN

Oelfarben
Lackfarben - Rostschutzfarben
Bodenlacke - Möbellacke - Holzbeizen
alles gebrauchsfertig - guttrocknend
Maler-Artikel
vorteilhaft im 13544
Fachgeschäft Waldstraße 15, Mannheim
Fachmännische Bedienung.

CARL LASSEN
Internationales Speditionshaus
KARLSRUHE i. B.
Kaiserstrasse 73 Fernsprecher 4948 4949 4950
Spedition / Schiffahrt
Lagerung / Assekuranz

Herren- u. Damen-Wienschneider
ersten Ranges
Novak, Zähringerstraße 110
(bei Ritterstraße)
Telephon 3639. 3880

Arbeiter! Spart Euer Geld!!
Spart Euer Schweiß mit unseren bestbewährten **Gummi-Sohlen**
Statt dem immer teurer werdenden Leder, beschaffen wir ein gewaltiger Preisunterchied
Statt 40 und 50 Mark 14-17 Mark
Gummi-Sohlen werden mit Spezial-Maschinen
wahrheitsgemäß und richtig hergestellt. Auch
Gummimachen werden Gummisohlen
dazu geeignete Ritt abgeben.
Jede Reparatur wird binnen 12 Stunden erledigt.
Geben offer prim. Gummiblässe in rund u. Form.
Rinderwagengreifen in allen Größen.
Gass u. Messerschneide zu billigen Preisen.
Gummiwarenhaus
Berderplatz 34. Berderplatz 34.

Gold-, Silber-, Platin-
Gegenstände 13441
Gebisse - Brennstifte
kaufen stets zum höchst realen Preis
L. Theilacker **L. Wilde**
Hebelstr. 23 Humboldtstr. 28
geg. Café Bauer. 2 Minuten von d. Haltestelle Schiachhof.